

Semantische Optionen
zwischen Regierung und
Opposition

Neue Mitte versus Neue Union?

Manuel Fröhlich

Der Wettbewerb um die politische Macht lässt sich auch als Ringen um die Besetzung zentraler politischer Begriffe darstellen. Parteien mühen sich darum, Werte, Themen und Konzepte möglichst exklusiv mit ihrem Namen zu verbinden und sie auf diesem Wege zum Kennzeichen ihrer Politik zu machen. Werte wie Freiheit, Gerechtigkeit oder Gleichheit, Themen wie Wohlstand, Zukunft oder Bildung sowie Konzepte wie Westbindung, Soziale Marktwirtschaft oder Entspannungspolitik wurden so im Laufe der Zeit in unterschiedlichem Maße mit einer bestimmten Partei und ihrer diesbezüglichen Kompetenz in Verbindung gebracht.

Begriffe zu besetzen ist Voraussetzung und Ergebnis von Politikgestaltung. Umgekehrt gilt: Der Mangel an erfolgreich reklamierten Begriffen führt zu Sprachlosigkeit und Machtverlust. Besonders deutlich wird dies am Wettbewerb um die „Mitte“ in der Bundesrepublik Deutschland. Ihre wahlsoziologische Bedeutung spiegelt sich in der Auseinandersetzung um das Wort selbst. Die von Gerhard Schröder reklamierte *Neue Mitte* gewann die Oberhand über die von Helmut Kohl kontinuierlich als „Koalition der Mitte“ bezeichnete „alte“ Mitte. Indem die SPD erfolgreich ein Markenkennzeichen der Regierung für sich erobern konnte, legte sie einen Grundstein für ihren späteren Wahlerfolg. Die Frage, wer die „Mitte“ besetzt, wurde so zum Symptom der Mehrheitsfähigkeit einer Partei. Die politische Sprache kennt dabei

kein garantiertes Urheberrecht; das Bindemittel zwischen Partei und Begriff ist politischer Erfolg. Indem die Wähler einen mit dem Anspruch auf spezifische Begriffe geführten Wahlkampf zu Gunsten einer Partei entscheiden, schreiben sie dieser Partei besondere Zuständigkeit, Kompetenz und Gestaltungsmöglichkeit zu. Politischer Erfolg geht also einher mit der Definitionsmacht über zentrale politische Begriffe, die der SPD-Generalsekretär kürzlich in der *Frankfurter Rundschau* nahezu mustergültig einforderte, indem er schrieb: „Mitte ist da, wo die linke Volkspartei SPD ist.“

Wenn es so etwas wie den permanenten Wahlkampf gibt, so ist die ständig prekäre Suche nach Besitzstandswahrung und Erweiterung des semantischen Inventars der Parteien wohl eine der konstitutiven Erscheinungsformen dieses Phänomens. Parteien sind aufgefordert, ihre Politik, ihr Gesellschaftsbild und ihr Staatsverständnis auf den Begriff zu bringen, um so die Alternativen des demokratischen Wettbewerbs zu konturieren und zu dramatisieren. Über die Möglichkeit der Regierung, mit konkretem Handeln Werte zu füllen, Themen zu besetzen und Konzepte zu etablieren, ist sie der Opposition gegenüber im Vorteil. So beklagte Edmund Stoiber in dieser Zeitschrift (*Die politische Meinung* November 2000) die „feindliche Übernahme von Unionspolitik“ mittels der Verwendung von Begriffen wie „Selbstverantwortung“, „Subsidiarität“ oder „Zivilgesellschaft“ durch die SPD. Und tatsächlich ist

die Semantik „neuer“ sozialdemokratischer Regierungen von Tony Blair bis Gerhard Schröder durch die Rückbindung an den Diskurs des *Dritten Weges* in erheblichem Maße um die Besetzung ehemals „konservativer“ beziehungsweise „bürgerlicher“ Vokabeln bemüht. Wie lassen sich vor diesem Hintergrund die semantischen Optionen zwischen Regierung und Opposition beschreiben? Eine Annäherung an diese Frage soll in drei Teilschritten erfolgen: Zunächst ist der Erfolg der *Neuen Mitte* etwas näher auszuleuchten. Darauf aufbauend werden einige mögliche oppositionelle Optionen dargestellt, um schließlich ein Anforderungsprofil für die semantische Auseinandersetzung zwischen Regierung und Opposition zu skizzieren.

Doppelte Funktion der „Neuen Mitte“

Der Begriff der *Neuen Mitte* erfüllt zunächst eine doppelte Funktion, indem er sich explizit als „neu“ deklariert und doch gleichzeitig über die Assoziation mit der Formel des Brandt-Wahlkampfes und den Zeiten der sozial-liberalen Koalition an wesentliche Identitätskerne der SPD erinnerte. Darüber hinaus stellt er eine permanente Herausforderung der „alten“ (christlich-liberalen) Mitte dar. Münteferings These, Mitte sei dort, wo sich die linke Volkspartei SPD befinde, wurde von Unionspolitikern mit dem Hinweis beantwortet, zur „Mitte“ gehörten konstitutiv Elemente bürgerlicher Politik, die sie einem solchen Zugriff der linken Volkspartei verschließen würden. Wolfgang Schäuble etwa betonte in einem Interview mit der *Woche*, „dass die Mitte kein virtueller Ort ist, von dem aus man – wie Schröder – mal in die eine oder andere Richtung operiert“. Doch in dem Maße, in dem „Links“ und „Rechts“ zwar noch als Pfeile auf der politischen Landkarte vorhanden sind, zur genauen Positionierung in vielschichtigem Terrain

aber nur noch bedingt taugen, öffnet sich der Begriff der Mitte für all das, was eine mit Mehrheitsmandat ausgestattete Regierung zu eben dieser erklärt. Hier greift nun die Eigentümlichkeit der *Neuen Mitte* als deutsche Variante des Diskurses über den *Dritten Weg* zwischen „alter Linker“ und „neoliberaler Rechter“. Das dahinter liegende Argumentationsmuster wurde mit Blick auf die Politik Bill Clintons als *Triangulation*, als Kunst des Dreieckzeichnens, bezeichnet: Wir stehen in der „Mitte“ zwischen den Extremen und repräsentieren mithin den gesunden Menschenverstand. Pragmatische Entscheidungen angesichts neuer Herausforderungen der Globalisierung, des Sozialstaates oder der Wissensgesellschaft werden so zur fast schon geometrisch fallweise zu bestimmenden Positionierung zwischen den alten Antworten rechter oder linker „Ideologie“.

Dies bedeutet etwa, vor der Herausforderung zu stehen, in einem Fall die „Gerechtigkeit“ zum politikleitenden Wert zu machen und in einem anderen Fall der „Innovation“ den Vorzug zu geben. Indem die SPD beide Begriffe in einer Wahlkampfformel zusammenfügte, sprach sie sowohl Stamm- wie Wechselwähler an. Die Vagheit solcher Formeln, ihre Schwammigkeit und potenzielle Widersprüchlichkeit ist also ein Faktor ihres Erfolges. Kritik an mangelnder Präzision kann auch als „Kompliment für Integrationsleistung“ (Wolfgang Bergsdorf) gedeutet werden. Dabei geht es nicht nur um die Zuordnung eigener, sondern auch um den Ausschluss fremder „Zuständigkeiten“. Das Pendant zur Etablierung von Zuständigkeit ist die Unterstellung von Politikunfähigkeit: Indem der politische Gegner kaum noch Worte zur Vermittlung seiner Politikentwürfe hat, hat er im übertragenen wie im konkreten Sinne „nichts zu sagen“. Selbstredend hat nicht nur die Regierung Schröder diesen Mechanismus genutzt.

Über die Zukunftsfähigkeit der Parteien entscheidet nicht zuletzt ihr innerer Zusammenhalt.
„Miteinander schaffen wir's“ war das Motto der Christlich Demokratischen Union
Deutschlands im Wahlkampf 1972.

© Gipa



Die Deutlichkeit des Wahlsieges von 1998 findet jedoch ihr Echo in dem Versuch, auch nach der Wahl mit großer Zielstrebigkeit und Konsequenz Begriff um Begriff aus der Bindung an die CDU/CSU zu lösen und das eigene semantische Inventar aufzustocken. Über den Hinweis auf nahezu naturgesetzliche Modernitätsanforderungen einerseits und die Einbindung divergierender Interessengruppen in Konsensrunden andererseits schränkt die *Neue Mitte* die Optionen der Opposition erheblich ein: Wer gegen den pragmatischen Regierungskurs ist, gibt sich entweder „unmodern“ oder „ideologisch“. Die vorausseilende Einarbeitung von oppositionellen Programmen, Begriffen und Konzepten nimmt ihrer Kritik die Spitze. Welche Optionen bleiben in einer solchen Konstellation für die Opposition?

Optionen für die Opposition

Zunächst gibt es Argumentationstopoi, die weitgehend unabhängig von der parteipolitischen Ausgestaltung von Regierung und Opposition auftauchen – die amerikanische Forschung spricht in diesem Zusammenhang vom „Herausforderer-Stil“ (Judith Trent/Robert Friedenberg), der dem „Amtsinhaber-Stil“ entgegengestellt sei. Übertragen auf Deutschland, lassen sich diese Stile in den Haushaltsdebatten des Bundestages beobachten, die gerade vor Wahlen die Kulisse des Aufeinanderprallens von Regierung und Opposition darstellen. Im Zeitvergleich tauchen zwischen Regierung und Opposition wiederkehrende Argumentationsmuster auf, die unabhängig von der jeweiligen Parteizuordnung eingesetzt werden. So argumentiert die Regierung oft mit dem Verweis auf eine in der Opposition auftretende Vielstimmigkeit der Meinungen, die als „Unberechenbarkeit“ gedeutet wird und in scharfem Kontrast zur „Berechenbarkeit“ der amtierenden Regierung stehe. Die wiederholte Etikettierung der eigenen politischen Grundlinien als

festen Berechnungsgrößen von Staat und Gesellschaft hat somit das Potenzial über die (scheinbare) Identität von Berechenbarkeit und Kontinuität zu einer Art Selbstläufer gegen den Impuls zum Wechsel zu werden. Die Option eines Regierungswechsels wird als Verschiebung der Grundkonstanten der Republik dramatisiert. Dies hat nicht zuletzt auch Helmut Kohl wiederholteingesetzt; und der jüngst geäußerte Vorwurf Schröders, die Union sei zurzeit wegen des Spendenskandals „nicht politikfähig“, geht in eine ähnliche Richtung, wobei Schröder spezifiziert, dass sich diese Unfähigkeit sogar auf die Aufgabe als Oppositionspartei beziehe.

Demgegenüber findet sich unter den Argumentationsmustern der Opposition die These, die Regierung sei „abgehoben“ von der Wirklichkeit des Alltags und den Problemen der Bürger im Lande. Das neue Partei-Motto der CSU lässt sich als pointierte Konkretisierung dieser Argumentation lesen: „Näher am Menschen.“ (Die Tatsache, dass hier eine „Regierungspartei“ ein „Oppositionsargument“ nutzt, mag auch ein Hinweis auf bundespolitische Ambitionen sein). Der für die Amtszeit Schäuble prägende Slogan „Mitten im Leben“ greift ebenfalls dieses Muster auf und lässt zugleich die Assoziation zur begehrten „Mitte“ zu. Mit anderen Worten tut sich hier eine generelle Möglichkeit auf, primär die Art des Regierens zu kritisieren, statt sich auf eine fundamentale Ablehnung der einzelnen Politikangebote der Regierung einzulassen. Die Tatsache, dass ein Motto der Klausurtagung des Bundesvorstands zu Beginn des Jahres „Neues Regieren 2002“ lautete, scheint darauf hinzudeuten, dass die CDU diese Argumentationsoption durchaus einsetzen will. In dem Maße, indem die Politik des *Dritten Weges* sich tatsächlich mehr über eine bestimmte Art, Politik zu machen, als über substantielle Kriterien und Inhalte der Politik beschreiben lässt, ist dieser Ansatz aus Oppositi-

onssicht wohl richtig gewählt. Handwerkliche Fehler der Regierung in der Startphase dürften ebenfalls noch Anschlusspunkte in diese Richtung bieten („Vordenken statt nachbessern“).

Gleichwohl ist eine Strategie, die bloß Kritik des Verfahrens betreibt, in ihrer Wirkung begrenzt. Die Regierung wird im Übrigen regelmäßig ihrerseits der Opposition Realitätsferne unterstellen, indem sie darauf verweist, dass vieles an der Kritik des Verfahrens eben nur aus der Beobachter-Perspektive der Opposition, nicht aber aus der Verantwortungsperspektive der Regierung wünschbar und machbar sei. Die seitens der Regierung zu konstruierende Selbstläufer-Eigenschaft der Kontinuität trifft also auf die oppositionelle Kritik eines bloßen „Weiter so!“. Letztere ist jedoch, wie Dietmar Herz unlängst im Magazin der *Süddeutschen Zeitung* unterstrich, nach der ersten Amtsperiode einer auch auf Wechselstimmung beruhenden Regierung nur sehr bedingt einsetzbar. Der nachgerade rituelle Verweis auf die „Erblasten“ und „verpassten Chancen“ der Vorgänger-Regierung trägt noch zu einem gewissen Teil. Damit stellt sich die Frage, welche semantischen Optionen zu einer weiter gehenden inhaltlichen Kritik der *Neuen Mitte* und des *Dritten Weges* bleiben.

Unterbelichtung der Freiheit

Sosehr dem *Dritten Weg* eine „Sowohl-als-auch“-Rhetorik vorgehalten wird, so deutlich wird auch, dass genau dieser Umstand wenig Angriffs- und Profilierungsmöglichkeiten für die Oppositionsarbeit bietet. Die Bezugnahme auf „sozialdemokratische“ Werte wie Gerechtigkeit, Gleichheit und Solidarität bei gleichzeitigen Anleihen in wirtschaftsorientiertem und bürgerlichem Vokabular schränkt die Möglichkeit zu wertgebundener Kritik ein. Gleichwohl hat am prominentesten wohl Ralf Dahrendorf darauf hingewiesen, dass im Wertekanon

des *Dritten Weges* die Freiheit unterbelichtet sei. Die Potenziale eines primär an der *Freiheit* ausgerichteten Politikentwurfs würden merklich vernachlässigt, was sich nicht zuletzt auch in einer Abwertung demokratischer Institutionen wie des Parlamentes zu Gunsten von Expertengremien und Konsensrunden feststellen lasse. Auch das kann letztlich wieder auf eine eher prozedurale Kritik abheben; gleichwohl scheint sich hier auf semantischem Felde noch Platz für Oppositionsarbeit aufzutun (was ja zugleich der FDP entgegenkommt).

Christliches Menschenbild

Die CDU der Parteivorsitzenden Angela Merkel versucht zudem die Frage der Wertgebundenheit der Politik über den Hinweis auf das christliche Menschenbild zu akzentuieren. Mit diesem verfüge die Union – im Gegensatz zur Regierung Schröder – über einen „Kompass“, der bloßer Beliebigkeit vorbeuge. Eine christlich-demokratische Partei muss diesen Aspekt nutzen – und doch ist auch hier Vorsicht geboten: Der Verweis auf das christliche Menschenbild kann (wenn er etwa zur Ablehnung der Ökosteuern bemüht wird) auch schnell überstrapaziert werden. Gleichwohl bietet die Rückbindung an das christliche Menschenbild von der Frage der Gen-Forschung bis hin zur Debatte um Sterbehilfe Orientierung in einer Reihe höchst aktueller Fragen. Die Kritik Münteferings, die Bezugnahme auf das christliche Menschenbild rücke nahe an den Anspruch der „Unfehlbarkeit“ heran, macht gleichzeitig deutlich, dass Wertebezug gerade für eine Oppositionspartei nicht Selbstgenügsamkeit in Bezug auf Diskussionsprozesse und Auseinandersetzungen mit der Gesellschaft bedeuten darf.

Compassionate Conservatism

Die Debatte um den Bezug auf Werteordnungen aus dem Glauben hat zusätzli-

chen Antrieb durch den Wahlerfolg George W. Bushs erhalten, dessen Konzept des *compassionate conservatism* – zumindest nach dem Wahlsieg – als adäquate Antwort und Gegenentwurf zum Konzept des *Dritten Weges* gesehen wird. Nicht zuletzt der Vordenker des *Dritten Weges*, Anthony Giddens, erklärte im Interview mit der *Süddeutschen Zeitung*: „Ich denke schon, dass der ‚compassionate conservatism‘ eine brauchbare politische Neuorientierung bietet. Es ist eine Art ‚Dritter Weg‘ für die gemäßigte Rechte, die in den USA wie in Europa bisher neoliberal oder christdemokratisch geprägt gewesen ist. Der ‚compassionate conservatism‘ ist der Versuch, den Konservatismus neu zu erfinden.“ Der Leiter der London School of Economics und Blair-Vertraute erkennt darin einen „Weg, verlorenes Terrain wieder gutzumachen, und die Chance, sich mit Themen zu profilieren, die in den letzten Jahren allein von der Linken besetzt worden sind“.

Tatsächlich bedeutet die Übernahme des eher den Demokraten zugeordneten *compassion* einen ähnlichen Vorstoß in das semantische Terrain des Gegners, wie ihn der *Dritte Weg* zuvor selbst unternommen hat. So, wie sozialdemokratische Parteien über diesen Weg die Vorstellungen zu großer Staatszentriertheit und latenter Wirtschaftsfeindlichkeit zu korrigieren versuchten, zielt die Betonung des *mitfühlenden Konservatismus* auf den Vorwurf sozialer Kälte und die Vernachlässigung von „Gerechtigkeit“. Ähnlich wie beim *Dritten Weg* bedeutet diese Neubestimmung aber keinen kompletten Kurswechsel (der im Falle der Republikaner dann etwa in einer Stärkung staatlicher Wohlfahrtsinstitutionen zu sehen wäre). Der Stichwortgeber des *compassionate conservatism*, Marvin Olasky, hat das Konzept anhand von sieben Prinzipien als Versuch beschrieben, mit einer neuen Betonung der Verantwortlichkeiten der Bürger

auch nach dem Grundsatz der Subsidiarität im Sinne der katholischen Soziallehre eine graduelle Neukonzipierung des Sozialstaates unter dem Motto der Hilfe zur Selbsthilfe einzuleiten. Dabei könnten die vermittelnden Akteure verschiedenste religiöse Gruppierungen sein, die oftmals mehr Kompetenz und Effektivität für soziale Aufgaben mitbrächten als staatliche Institutionen und Programme. Der Spagat besteht hier also in mehr Sozialhilfe bei weniger Staat. Bis in konkrete Formulierungen hinein nähern sich dabei die Konzepte an, wenn etwa Olasky ebenso wie Clinton, Blair oder Schröder Sozialleistungen nicht als Netz, sondern als Trampolin verstanden wissen will. Der dritte Weg zwischen „alter Linker“ und „neuer Rechter“ trifft sich gelegentlich mit dem mitfühlenden Konservatismus zwischen „neuer Linker“ und „alter Rechter“.

Übertragung auf Deutschland problematisch

Eine Übertragung dieses Konzeptes auf Deutschland scheint jedoch in mehrfacher Hinsicht problematisch: Zum einen ist die religiöse Grundierung des Konzeptes in Deutschland so nicht nachzuvollziehen. Zum anderen ist der Begriff Konservatismus für die CDU keine ausschließliche Eigenbezeichnung, sondern wird (ebenso wie die analoge Rede Helmut Kohls von „den Sozialisten“) vom politischen Gegner zur polemischen Etikettierung benutzt.

Zum Dritten schließlich sind die unterschiedlichen Ausgangspositionen zwischen der angloamerikanischen Erfahrung von Thatcherismus beziehungsweise Reaganomics der bundesrepublikanischen Variante der Sozialen Marktwirtschaft bedeutsam. In diesem Zusammenhang sei an die Regierungserklärung Kohls von 1982 erinnert, in der dieser den Begriff der „Gesellschaft mit menschlichem Gesicht“ geprägt hatte.

Es ist deshalb wohl kein Zufall, dass sich die Debatte zwischen *Drittem Weg* und *compassionate conservatism* in Deutschland konkret als eine Debatte um den Anspruch auf den Begriff der „Sozialen Marktwirtschaft“, darstellt. Schröders konzeptioneller Wahlkampf begann 1997 mit Thesen für eine „echte Renaissance der Sozialen Marktwirtschaft“,³ und Bodo Hombach wollte unter dem Motto der „Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft“ SPD-Plakate mit dem Konterfei Ludwig Erhards schmücken. Angela Merkel hat nun ihre konzeptionellen Überlegungen zur Zukunft der CDU unter das Leitmotiv „Neue Soziale Marktwirtschaft“ gestellt. Es ist kaum verwunderlich, dass Merkels Überlegungen mit der Bekräftigung beginnen, die CDU sei „die große Volkspartei der Mitte“. Damit verbindet sie den Anspruch, gesellschaftliche Spaltungen abzulehnen und Politik nicht im Interesse nur einer speziellen Gruppe zu machen. Ein solcher Anspruch werde aber notwendigerweise mit den fundamentalen Veränderungen der Globalisierung in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft vor neue Herausforderungen gestellt. Mit ihrem Appell zur vorurteilsfreien Analyse dieser Veränderungen deutet Merkel den Willen an, sich eben nicht nur an alten Überzeugungen festzuklammern, sondern programmatische Neujustierungen zu ermöglichen. Auf dieser Grundlage gelte es sodann, die Chancen der Globalisierung offensiv zu nutzen: dem Menschen einerseits „Entfaltungs- und Entwicklungsmöglichkeiten“ zu schaffen und andererseits seine „neuen Schutzbedürfnisse“ zu befriedigen. Die Mischung aus „fördern und fordern“, die Betonung von Solidarität, Chancengleichheit, Bildung und Wettbewerb erinnert sowohl an *Neue Mitte* wie an *compassionate conservatism*. Der Begriff der „Teilhabe“ – eine Schlüsselvokabel der *Neuen Mitte* – wird bei Merkel mit dem christlichen Menschenbild verbunden, nach dem der

Mensch gerade jeweils in seiner Einzigartigkeit und Unterschiedlichkeit im Zentrum der Politik zu stehen habe. Merkels Aussage, die Aufgabe der Politik im 21. Jahrhundert bestehe darin, „die neuen Kräfte für die Menschen zu nutzen, Markt und Menschlichkeit zusammenzubringen“, lässt durchaus Anklänge an die Doppelformel von „Innovation und Gerechtigkeit“ erkennen.

Begrenzter Markt semantischer Möglichkeiten

Abermals wird deutlich, dass politische Sprache kein Urheberrecht kennt, denn bedient sich Merkel nun bei Schröder, oder beansprucht sie gerade die Elemente seiner Rhetorik, die dieser seinerseits von der CDU übernommen hatte? Der Markt semantischer Angebote für Politik unter den Bedingungen der Globalisierung scheint relativ begrenzt. Der Wettbewerb um Begriffe wird dadurch zwangsläufig härter und konzentriert sich auf ein eng begrenztes Terrain, dessen Umriss nicht zuletzt von „Sachnotwendigkeiten“ des Standort-Wettbewerbs definiert werden.

Die Konturen des „Neuen“ an Merkels Sozialer Marktwirtschaft bleiben mit Hinweisen auf einen zusätzlichen internationalen Ordnungsrahmen, eine „neue Kultur der Selbstständigkeit“ sowie der Betonung von Subsidiarität und Nachhaltigkeit noch vage. Deutlich betont wird der Wert der Freiheit: „Die politische Ordnung der Freiheit, die Demokratie, und eine wirtschaftliche Ordnung der Freiheit, eine marktwirtschaftliche Ordnung, bilden eine Einheit.“ Gleichwohl kann bei aller Wichtigkeit die Semantik einer Wirtschaftsordnung doch nicht vollends zur Beschreibung eines konzeptionellen Gegenentwurfes zum Verständnis von Staat und Gesellschaft dienen – ein Umstand, dem der Begriff „Wir-Gesellschaft“ zumindest als sprachliches Signal Rechnung trägt.

Die SPD hingegen hat einstweilen in analoger Weise zu „Innovation und Gerechtigkeit“ mit „Sicherheit im Wandel“ eine neue Leitformel für die Verstetigung des „Politikwechsels“ in einer zweiten Legislaturperiode gefunden.

Lässt man abschließend die semantischen Optionen zwischen Regierung und Opposition Revue passieren, so wird deutlich, dass die CDU sich in gewisser Weise auch am Erfolg der SPD orientieren kann. Ihr gelang es, Begrifflichkeiten aus dem semantischen Inventar der Union für sich zu reklamieren, dabei gleichzeitig ein eigenständiges Profil zu bewahren und diese Elemente schließlich zu einer glaubhaften Alternative des Politikwechsels zu fusionieren. Dafür fand sie den Begriff der *Neuen Mitte* – und dieser Begriff erfüllt gleich mehrere Funktionen:

Erstens: Er verheißt Dynamik, Frische und Neuheit.

Zweitens: Er verbindet Kernbestände der bisherigen Parteiidee mit einer Öffnung über diese hinaus.

Drittens: Er stellt spezifische Argumentationsmuster für unterschiedliche Politikfelder bereit.

Viertens: Er vermittelt Kohärenz zwischen diesen Themenfeldern im Sinne eines grundsätzlich neuen Politikentwurfs.

Neue Union

Überträgt man dieses Anforderungsprofil auf die Situation der CDU, so böte sich aus ihrer Sicht ein ebenso knapper wie auf den ersten Blick unspektakulärer Begriff an: die *Neue Union*. Neben der Bezugnahme auf „Neuheit“, die durch die Spendenaffäre der CDU noch zusätzlich notwendig wird, taucht der Begriff der „Union“ auf, der bei Gründung der Partei bewusst gewählt wurde, um in erster Linie die Union von evangelischen und katholischen Christen zu symbolisieren. Insofern repräsentiert er Kernbestände der bisherigen Parteiidee. Daneben gehörte

zur Ratio der Begriffswahl 1945 aber auch der Anspruch, eben keine „klassische“ Partei zu gründen. Gerade nach dem „Parteien-Skandal“, der „Parteien-Finanzierung“ und der „Parteien-Verdrossenheit“ ließe sich an diese Absicht anschließen. Abseits von Parteizugehörigkeit eröffnet Union Teilnahme- und Identifikationspotenziale mit einem politischen Projekt. Dieses könnte auf verschiedenen Bedeutungsebenen durchdekliniert werden: im engeren Sinn etwa *Neue Union* als „Neue Gesichter“, „Neue Union zwischen Parteibasis und Parteiführung“ oder „Neue Geschlossenheit der CDU“. Im weiteren Sinne ließen sich Bedeutungsebenen wie „Neuer Gesellschaftsvertrag“, „Einheit zwischen alten und neuen Bundesländern“, „Neugestaltung des Föderalismus“, „Neues Verhältnis zwischen Staat und Familie“, „Zusammenleben mit ausländischen Mitbürgern“ oder „Neuausrichtung der Europäischen Union“ (allesamt wichtige Themenfelder für die Unionspolitik) erschließen. Über diese Vorteile hinaus liegt dem Begriff *Union* stärker die Idee der Integration im Gegensatz zur „Triangulation“ des *Dritten Weges* zu Grunde.

Die häufig genannten „drei Pfeiler“ der CDU (wertkonservativ, christlich-sozial und liberal) müssen unter dem Schlagwort der *Union* nicht zu Gunsten einer tragenden Säule eingerissen werden, sondern können als erkennbare Angebotspalette erhalten werden – was allerdings eine Übersetzung solcher Schlagworte in kohärente und konkrete Projekte voraussetzt. In jedem Fall böte *Neue Union* den Vorteil, unabhängig von der den Kanzlerkandidaten oder die -kandidatin stellenden „Schwesterpartei“ verwendbar zu sein. Weiter gehende semantische Optionen müssen jedoch für die Wahlkampfauseinandersetzung auf die Person des Spitzenkandidaten zugeschnitten sein – auch dies lehrt das Beispiel Schröder.